

»»» Doppelt hält besser: Umfragen als sinnvolle Ergänzung der amtlichen Statistik

Nr. 253, 11. Juni 2019

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Der Investitionsrückstand bei öffentlicher Infrastruktur ist immer wieder Gegenstand der Debatte in Politik und Wissenschaft. Bei der Erfassung dieser Größe können Schätzungen entweder auf Grundlage der amtlichen Statistik oder durch Expertenbefragungen herangezogen werden. Jeder dieser Zugänge hat spezifische Stärken und Schwächen, die sich deshalb gut ergänzen können. Beide Ansätze liefern zudem deutliche Indizien, dass das öffentliche Investitionsniveau in den vergangenen Jahren zu niedrig war und sich ein spürbarer Investitionsrückstand aufgebaut hat. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene. Zum Abbau des Investitionsrückstands müssen die strukturellen Ursachen der Investitionsschwäche verstanden und adressiert werden. Befragungsergebnisse wie das KfW-Kommunalpanel können dabei eine wertvolle Ergänzung zu den Erkenntnissen aus der Analyse der amtlichen Statistik sein und somit den politischen Entscheidungsträgern helfen, adäquate Lösungen zu entwickeln.

Für die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität ist der Zustand der Infrastruktur ein wesentlicher Faktor. In Deutschland wird der Großteil der öffentlichen Infrastruktur von der öffentlichen Hand bereitgestellt und in Stand gehalten. Die Höhe dieser Investitionen wird seit geraumer Zeit von verschiedensten Seiten kritisch hinterfragt.¹ Dabei wird vor allem bei den Kommunen ein besonders ausgeprägtes Investitionsdefizit konstatiert, wenngleich die Meinungen über Ursachen und Höhe des Problems divergieren.²

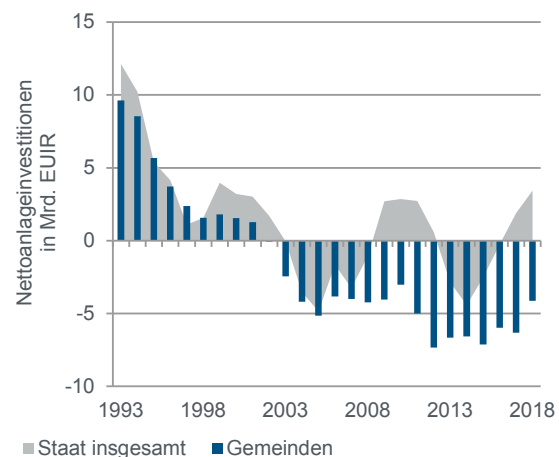
Die Bandbreite des Diskurses lässt sich auch auf die methodischen Herausforderungen bei der Analyse öffentlicher Investitionen zurückführen. Zwar lassen sich hinsichtlich der optimalen Höhe von Investitionen noch theoretische Überlegungen anführen, z.B. in dem man mehr oder weniger abstrakte Grenzkosten und -nutzen einer Investition gegenüberstellt.³ Bei der Quantifizierung von Kosten und Nutzen sowie der Bewertung des Verhältnisses beider Größen zueinander stellen sich aber eine Reihe substanzieller Fragen. Etwa: Welche Wachstumswirkung kann die Investition entfalten und überwiegt die Rendite die Aufwendungen? Wer profitiert von der Investition und wer trägt die Kosten? Soll die Investition durch den Staat oder mit bzw. durch private Investoren getätigt werden und wie erfolgt die Finanzierung?

Viele dieser Fragen lassen sich nicht klar empirisch beantworten, sondern müssen auch durch Annahmen bzw. persönliche Prioritäten der Entscheidungsträger beantwortet

werden. Unterschiedliche Interessengruppen wählen hier häufig unterschiedliche Antworten, sodass ein politischer Konsens über die optimale Höhe öffentlicher Investition deshalb nicht ohne Weiteres zu erwarten ist.

Allerdings herrscht unter Experten weitgehend Einigkeit, dass eine schlecht ausgestattete Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft schwächt und die Lebensqualität der Einwohner beeinträchtigt.⁴ Wenn also auch kein Konsens darüber herrschen dürfte, wie viele bzw. welche öffentlichen Investitionen gegenwärtig getätigt werden sollten, so ist man sich doch weitgehend einig, dass es in der Summe nicht zu wenig sein dürfen, ein Investitions- bzw. Infrastrukturdefizit also zu vermeiden ist.⁵ Wann aber sind Investitionen zu niedrig bzw. wie lässt sich ein Investitionsrückstand konstatieren und dieser ggf. auch in seiner Höhe schätzen? Freilich gehen auch hier die Meinungen auseinander. Deshalb bietet es sich an, anhand verschiedener Indikatoren zu diskutieren, inwiefern das Investitionsniveau die Bedarfe deckt oder ob es Anzeichen für ein Investitionsdefizit bzw. einen Investitionsrückstand gibt.

Grafik 1: Negative kommunale Nettoanlageinvestitionen



Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

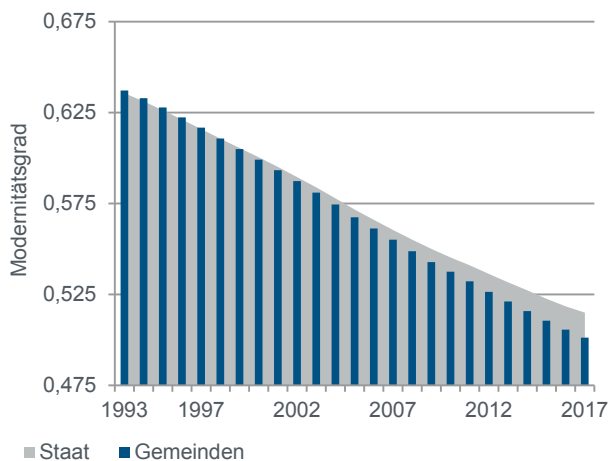
Hierbei steht man zunächst vor verschiedenen methodischen Herausforderungen.⁶ Zum einen lassen sich nicht getätigte Investitionen auch nicht messen. Der Investitionsrückstand muss deshalb aus den getätigten Investitionen und den geschätzten (nicht gedeckten) Investitionsbedarfen abgeleitet werden. Zum anderen gibt es dafür aber keine einheitliche Definition oder konsensfähige Berechnungsformeln.⁷ Außerdem liegen die für eine Schätzung benötigten Daten häufig nicht in dem gewünschten Detailgrad vor.

Auch wenn eine exakte Berechnung somit nicht möglich ist, lassen sich über verschiedene Schätzansätze doch Rückschlüsse auf einen Investitionsrückstand ziehen. In der Regel handelt es sich dabei um Schätzungen entweder auf Grundlage der amtlichen Statistiken oder auf Grundlage von Experteneinschätzungen.

Amtliche Statistik ermöglicht Blick auf das Gesamtbild

Um sich der Situation der öffentlichen Investitionen über die amtliche Statistik zu nähern, bietet sich zuerst ein Blick auf die getätigten Ausgaben an. Die amtlichen Finanzstatistiken erfassen die Ausgaben für Investitionen, zum Teil gegliedert nach föderaler Ebene und Verwendungszwecken. Diese Größen finden sich auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wo die Bruttoanlageinvestitionen zudem den kalkulatorischen Abschreibungen gegenüber gestellt werden können.⁸ Die so ermittelten Nettoanlageinvestitionen sind ein Maß für die Investitionen, die über den Ersatz des Kapitalverzehrs hinausgehen.

Grafik 2: Modernitätsgrad des öffentlichen Kapitalstocks sinkt beständig



Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Eine Betrachtung dieser Daten zeigt, dass die Investitionsquote in Deutschland nicht nur relativ niedrig und lange Zeit rückläufig war, sondern auch, dass die Nettoinvestitionen über viele Jahre negativ waren, bei dem Kommunen sogar seit dem Jahr 2003 durchgehend (Grafik 1).⁹ Für die Städte, Gemeinden und Landkreise summieren sich die negativen Nettoanlageinvestitionen seit 2002 auf rd. 80 Mrd. EUR. Es findet also tendenziell ein Vermögensverzehr statt und der kommunale Anteil an den gesamtstaatlichen Investitionsausgaben geht zurück.

Stellt man das Nettoanlagevermögen zum Bruttoanlagevermögen ins Verhältnis, so ergibt sich ein Näherungswert für den Modernitätsgrad des vorhandenen Vermögens, also den Anteil des Anlagevermögens, der noch nicht durch Abschreibungen refinanziert wurde. Dieser Wert gibt Aufschluss über den Alterungsprozess des Anlagevermögens.¹⁰ Auch hier zeigt sich, dass die Erneuerung an Geschwindigkeit verliert, der Infrastrukturbestand also älter wird. Wiederum ist die kommunale Infrastruktur übermäßig betroffen (Grafik 2).

Der Vorteil der amtlichen Statistik für die Analyse des Investitionsrückstands liegt in der hohen Datenqualität und Vergleichbarkeit der Statistiken. So werden die Statistiken für alle Merkmalsträger nach einheitlichen Maßstäben und Bewertungen erfasst, die Berechnungen und Definitionen sind transparent und nachvollziehbar. Die amtliche Statistik wird außerdem für alle verfügbaren Regionen in gleichem Umfang veröffentlicht. Es lassen sich somit verlässliche Rückschlüsse auf ganz Deutschland ziehen. Ein weiterer Vorteil ist die regelmäßige Veröffentlichung und ggf. auch Revision der Daten. Diese stellt eine hohe Güte der Daten sicher und ermöglicht darüber hinaus die Betrachtung von Zeitreihen für nahezu alle amtlichen Statistiken.

Die amtliche Statistik hat allerdings für die Diskussion des Investitionsrückstands auch einige Nachteile. Volkswirtschaftliche Größen wie Kapitalstock oder Abschreibungen müssen basierend auf mehr oder weniger plausiblen Annahmen geschätzt werden. Damit sind unter Umständen nur bedingt Rückschlüsse auf spezifische Investitionsbedarfe möglich. Auch lassen die Schätzansätze nur eine sehr eingeschränkte regionale Aufschlüsselung der Ergebnisse zu. Damit die amtliche Statistik überhaupt beherrschbar bleibt, sind die erfassten Kategorien relativ grob differenziert, z. B. nach föderalen Ebenen oder ausgewählten Investitionsschwerpunkten wie „Ausrüstungen“, „Nichtwohnbauten“ oder „Bundesautobahnen“. Dadurch lassen sich aber nur selten konkrete Rückschlüsse auf enger gefasste Bedarfsfelder wie beispielsweise den Schulbau ziehen.

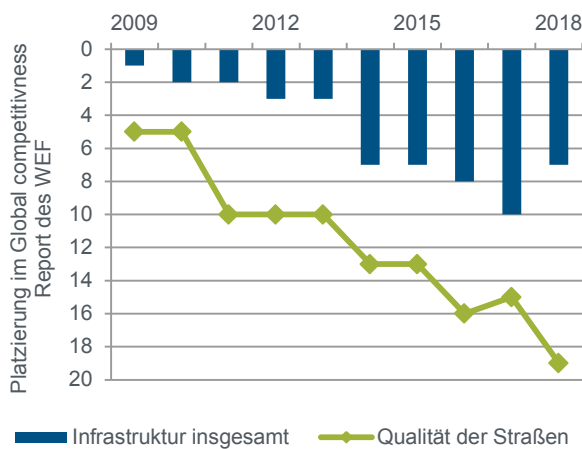
Der starke Fokus auf das Aggregat führt außerdem dazu, dass regionale Unterschiede praktisch gar nicht betrachtet werden. Insbesondere bei den Investitionen zeigen sich aber erhebliche regionale Unterschiede, die einer tiefer gehenden Analyse bedürfen.¹¹ Letztendlich weist die amtliche Statistik trotz einer Vielzahl an Indikatoren eine vergleichsweise geringe Zahl kleinräumiger Daten auf, die trotz des beachtlichen Dokumentationsaufwands der Verwaltung für statistische Auswertungen verfügbar bzw. nutzbar wären.¹² Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die amtliche Statistik auf der aggregierten Ebene wertvolle und belastbare Indizien für einen aufgelaufenen Investitionsrückstand liefert, die verfügbaren Daten aber für eine vertiefende regionale Analyse nicht fein genug gegliedert sind.

Experteneinschätzungen ermöglichen tiefere, aber auch subjektivere Einblicke in die Investitionsbedarfe

An diesem Problem setzt der Ansatz von Expertenbefragungen an. Die Einschätzung von Experten soll detaillierte Einblicke in die Investitions- bzw. Infrastrukturbedarfe von Regionen geben, die statistisch nicht erfasst werden können bzw. wurden. Dies können z. B. Einschätzungen zur Qualität der Infrastruktur oder zur Dringlichkeit von bestimmten Investitionsbedarfen sein. Für eine Befragung bieten sich dabei verschiedene Zielgruppen an, beispielsweise Fachexperten aus Wissenschaft und Wirtschaft¹³, die Nutzer der Infrastruktur wie Unternehmen oder Bürger, oder auch die zuständigen Personen in den mit der Bereitstellung betrauten Gebietskörperschaften.

Weil in Deutschland insbesondere auf Ebene der Kommunen ein Investitionsdefizit vermutet wird, liegt es nahe, hier die entscheidenden Akteure zu befragen. Besondere Aufmerksamkeit erfahren diesbezüglich die Aussagen der seit 2009 im KfW-Kommunalpanel befragten Kämmergeien, denn dort werden die investiven Anforderungen der Fachabteilungen gebündelt und in die Haushaltsplanung aufgenommen (siehe Box). Einen ähnlichen Ansatz verfolgte auch das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) in Vorbereitung der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ 2015, sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) mit ihrer Sonderumfrage 2017 zum Vergleich der öffentlichen Investitionen in über 500 Kommunen in ganz Europa.¹⁴

Grafik 3: Bewertung der deutschen Infrastrukturwettbewerbsfähigkeit im Global Competitiveness Report



Quelle: Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

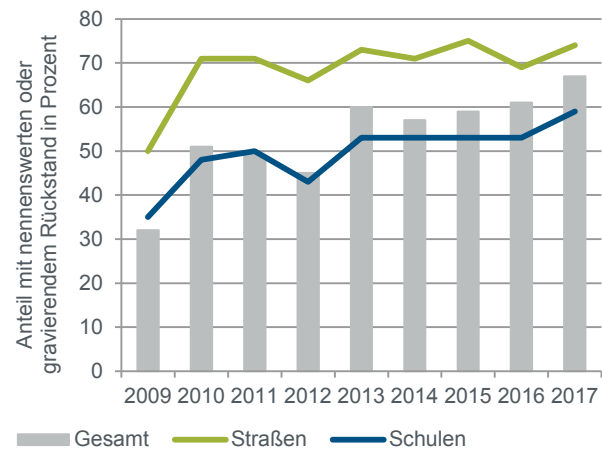
Zum KfW-Kommunalpanel

Im Rahmen des KfW-Kommunalpanels befragt das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW seit 2009 die deutschen Städte, Kreise und Gemeinden hinsichtlich ihrer Finanzlage, den Investitionen sowie den Finanzierungsmöglichkeiten.¹⁵ Dabei konzentriert sich die Befragung auf Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern, die geschätzte 95 % der kommunalen Investitionen tätigen.¹⁶ Im Themenkomplex der Investitionstätigkeit erfährt vor allem die Frage nach den durch die Kämmergeien wahrgenommenen Investitionsrückständen eine besondere Beachtung. Der Investitionsrückstand wird als das Investitionsvolumen definiert, das benötigt wird, um die Infrastruktur auf den heute notwendigen Stand zu bringen.¹⁷ Im KfW-Kommunalpanel 2018 betrug der wahrgenommene Investitionsrückstand insgesamt rd. 159 Mrd. EUR, wobei die größten Anteile auf Schulen, Straßen und Verwaltungsgebäude entfielen.

Auch in solchen Umfragen zeigt sich in der Tendenz ein ähnliches Bild wie beim Blick in die amtliche Statistik. So hat sich nach Einschätzung von Wirtschaftsführern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Infrastruktur in den letzten Jahren tendenziell verschlechtert (Grafik 3). Der Anteil an Kommunen, die im KfW-Kommunalpanel einen nennenswerten oder gravierenden Investitionsrückstand beklagten, hat sich spür-

bar erhöht (Grafik 4). Die Befragung der EIB zeigte ebenfalls, dass deutsche Kommunen überdurchschnittlich häufig ein Investitionsdefizit beklagen.¹⁸

Grafik 4: Einschätzung des Investitionsrückstands im KfW-Kommunalpanel



Quelle: KfW-Kommunalpanel, verschiedene Ausgaben.

Selbstverständlich sind auch Expertenbefragungen nicht frei von methodischen Einschränkungen. Zwar ermöglichen Befragungen, die „anekdotische Evidenz“ einzelner Erfahrungen zu bündeln bzw. zu systematisieren und damit auf Konsistenz, Plausibilität und Verallgemeinerungsfähigkeit zu prüfen, die persönliche Einschätzung der Experten birgt jedoch auch subjektive Ermessensspielräume, z. B. wenn Antworten strategisch gewählt werden. Befragungsergebnisse sind damit nicht in gleichem Maß objektiv und miteinander vergleichbar wie rein statistische Daten. Die regionalen Einblicke von Befragungsdaten haben zwar einen großen Reiz, erfordern aber für verlässliche Schlüsse entsprechend große Stichproben, was mit einem erheblichen Erhebungs- bzw. Befragungsaufwand einhergeht. Darüber hinaus ist naturgemäß der Zeitraum der Befragung sensibel, beispielsweise bei politischen Unsicherheiten während der Befragung. Man muss daher in Befragungsdaten auch eine bestimmte Schwankungsbreite der Ergebnisse akzeptieren und bei der Interpretation entsprechend berücksichtigen.

Die Ursachenanalyse zum Investitionsrückstand erfordert Indizien aus beiden Schätzansätzen

Durch ein gutes Erhebungs- bzw. Befragungsdesign lassen sich viele der diskutierten Herausforderungen effektiv begrenzen. Dennoch bleiben die jeweiligen Vor- und Nachteile von Statistiken und Befragungen bis zu einem gewissen Grad bestehen. Für das Verständnis des Investitionsrückstands und seiner Ursachen bedeutet dies, dass keiner der beiden diskutierten Ansätze für sich genommen dem anderen überlegen ist. Vielmehr bedarf es der Gegenüberstellung, Ergänzung und Zusammenführung der Ergebnisse aus beiden Ansätzen, insbesondere um die relevanten Trends und Muster zu erkennen und weniger um eine absolute Größenordnung zu ermitteln.

Denn nur aus der Kombination aller verfügbaren Daten lassen sich die Ursachen der Investitionsrückstände bestmög-

lich erkennen und somit Lösungen entsprechend adressieren. Experteneinschätzungen wie im KfW-Kommunalpanel können dabei einerseits die Trendvermutung der beobachtbaren Entwicklungen der Daten der amtlichen Statistik bestätigen. Gleichzeitig erlauben Sie aber auch, die regionalen Unterschiede hinter dem Aggregat nachzuvollziehen. So zeigt sich beispielsweise im KfW-Kommunalpanel, dass in finanzstarken Kommunen zwar „freiwillige“ Bereiche wie Kultur und Sport einen größeren Anteil am Investitionsrückstand haben. Die Gesamtproblemwahrnehmung des Investitionsrückstands ist in Kommunen mit angespannter Haushaltslage jedoch deutlich gravierender und betrifft zudem eher zentrale Investitionsbereiche wie Straßen und Schulen. Auch auf die absolute Höhe des Investitionsrückstands und der am stärksten betroffenen Bereiche kann aus den Antworten im KfW-Kommunalpanel geschlossen werden. Für die Diskussion von Handlungsoptionen bedeutet dies wertvolle zusätzliche Informationen, die anderweitig kaum zu ermitteln wären.

Fazit

Ein optimales Investitionsniveau der öffentlichen Hand lässt sich nicht rein wissenschaftlich bestimmen, sondern muss immer politisch verhandelt werden. Hierbei können die Analysen von Daten aus Statistiken und Befragungen helfen, sich einer angemessenen Größenordnung für öffentliche Investitionen zu nähern. Zwar ist keiner dieser Ansätze frei von Schwächen, eine pauschale Ablehnung rechtfertigt das allerdings nicht, insbesondere da bislang keine überzeugenden Alternativen aufgezeigt wurden.

Sowohl der Blick auf die Statistik der Investitionsausgaben als auch die Befragung der lokalen Entscheider hinsichtlich

ihrer Investitionsbedarfe weisen in der Gesamtschau auf eine unzureichende Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in der Vergangenheit hin. Insbesondere auf kommunaler Ebene verdichten sich die Indizien, dass weiterhin ein erheblicher Investitionsbedarf in vielen Kommunen besteht.

Im Hinblick auf die relativ einheitliche Indikation eines kommunalen Investitionsrückstands, sowohl durch die amtliche Statistik als auch im Rahmen der Befragungsergebnisse, erscheint es sinnvoll, sich von der Debatte über die reine Höhe des Rückstands zu lösen und stärker auf Investitionshindernisse bzw. Ursachen von Investitionsrückständen zu schauen. Für den Abbau des über Jahrzehnte angewachsenen Investitionsrückstands bedarf es einer gezielten Adressierung struktureller Investitionshemmnisse. Dazu gehört beispielsweise eine dauerhaft zuverlässige und angemessene Finanzausstattung der Kommunen, die eine langfristige Investitions- und Kapazitätsplanung ermöglicht.¹⁹

Eine verlässliche und detaillierte Datenbasis wird auch für eine angemessene Reaktion auf identifizierte Investitionsbedarfe benötigt. So müssen Kommunen für eine optimale Auswahl von Investitionsprojekten diese kritisch auf Wirtschaftlichkeit und potenzielle Risiken prüfen können. Diese Prüfung im Einzelfall wie in der Gesamtschau würde vereinfacht, wenn sich die Datenbasis zur öffentlichen Infrastruktur weiter verbessert. Es bedarf darum zusätzlicher Anstrengungen, über den Zustand und den Bedarf von Infrastruktur aussagekräftige Statistiken zu erheben. Befragungsergebnisse wie im KfW-Kommunalpanel können hier die amtliche Statistik sinnvoll ergänzen. ■

Folgen Sie KfW Research auf
Twitter.

Oder abonnieren Sie unseren kostenlosen E-Mail-Newsletter und Sie verpassen keine Publikation.

Zur Anmeldung

¹ Im deutschsprachigen Schrifttum findet sich eine Fülle an Publikationen zu diesem Thema, die in ihrer Gänze an dieser Stelle nicht aufgeführt werden können. Beispielhaft hingewiesen sei mit Blick auf die Kommunen auf Reidenbach, M. et al. (2008): Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen oder Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ (2015): Stärkung von Investitionen in Deutschland. Auch im internationalen Raum wird das Thema aufgegriffen, siehe bspw. OECD (2016): OECD-Wirtschaftsberichte Deutschland April 2016, IMF (2018): IMF-Country Report No. 18/208 Germany oder EU-Com (2018): European Semester Country Report Germany.

² Die „anekdotische Evidenz“ wird durch unzählige Berichte in den Medien und wiederkehrende Debatten auf allen politischen Ebenen unterstrichen und findet ihren Widerhall auch in einer breiten wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Ob bzw. wie problematisch dieser Rückstand ist, wird teilweise unterschiedlich bewertet. Eher ablehnend Feld, L. (2017): Die Mär von der Investitionslücke, in: FAS v. 04.07.2017 sowie Christofzik, D. und L. Feld (2019): Öffentliche Investitionen: Wie viel ist zu wenig? in: SWR-Arbeitspapier 01/2019. Eher zustimmend bspw. Bardt, H. et al. (2017): Investieren Staat und Unternehmen in Deutschland zu wenig? Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf, in: IW-Analysen Nr. 118 oder Gornig, M. (2019): Investitionslücke in Deutschland: Und es gibt sie doch! Vor allem Kommunen sind arm dran, in: DIW-Aktuell Nr. 19.

³ Siehe beispielsweise Ragnitz, J. et al. (2013): Endbericht zum Forschungsvorhaben „Öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Entwicklung, Bestimmungsfaktoren und Wachstumswirkungen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, in: ifo Dresden Studien Nr. 72.

⁴ Vgl. Krebs, T. und M. Scheffel (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland, in: Inklusives Wachstum für Deutschland Nr. 17, Hrsg. Bertelsmann Stiftung.

⁵ Einen Sonderfall stellt die gezielte Desinvestition dar, beispielsweise sofern der vorhandene Infrastrukturbestand zu groß ausfällt und rückgebaut werden soll. Dieses Argument wird vor allem im Hinblick auf den Bevölkerungsrückgang im Zuge des demografischen Wandels genannt („demografische Rendite“), wobei Studien aber sogar eher auf einen erhöhten Investitionsbedarf in schrumpfenden Kommunen hindeuten, vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2017): **Das wird teuer! – Kommunale Ausgaben in Zeiten des demografischen Wandels**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 192, KfW Research.

⁶ Vgl. Folkerts-Landau, D. und O. Rakau (2014): Mehr Infrastrukturinvestitionen – trotz fragwürdiger „Lückenanalyse“, Deutsche Bank Research Standpunkt Deutschland.

⁷ Vgl. Lenk, T. et al. (2016): Zukunftswirksame Ausgaben der öffentlichen Hand – Eine infrastrukturbezogene Erweiterung des öffentlichen Investitionsbegriffs, in: Inklusives Wachstum für Deutschland Nr. 13, Hrsg. Bertelsmann Stiftung.

⁸ Siehe hierzu die methodischen Erläuterungen des Statistischen Bundesamtes, vgl. Destatis (2019): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Arbeitsunterlage Investitionen.

⁹ Vgl. Zeuner (2013): **Zukunft braucht Investitionen**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 21, KfW Research oder Brand, S. und J. Steinbrecher (2017): **Rückgang des Investitionsrückstands – Trendwende oder nur Schönwetterlage?**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 195, KfW Research. Mit Blick auf die weitere Entwicklung eher optimistisch, vgl. BMF (2017): Öffentliche Investitionen vor einem anhaltenden Aufschwung?, in: Monatsbericht Mai 2017.

¹⁰ Die Begriffsverwendung folgt der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Für eine Interpretation der Kennzahl siehe bspw. Grömling, M. et al. (2019): Verzehrt Deutschland seinen staatlichen Kapitalstock?, in: Wirtschaftsdienst 1/2019.

¹¹ Vgl. bspw. Arnold, F. et al. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen, in: DIW Wochenbericht Nr. 43 oder Krone, E. et al. (2018): **KfW-Kommunalpanel 2018**.

¹² Es gibt keine einheitliche Erfassung wesentlicher kommunaler Infrastrukturen („Inventur“), die ohne größeren Aufwand bundesweit verfügbar wäre, sodass beispielsweise die Länge gemeindlicher Straßen, die Größe von Sportstätten oder der Zustand öffentlicher Gebäuden geschätzt bzw. gezielt erhoben werden müssen. Gerade auf kommunaler Ebene kommt das Problem hinzu, dass große Teile der Zuständigkeiten aus dem Kernhaushalt ausgelagert wurden. Vgl. Hesse, M. et al. (2017): Investitionen der öffentlichen Hand – Die Rolle der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, in: Inklusives Wachstum für Deutschland Nr. 13, Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Eine Hoffnung auf aussagekräftigere Daten war mit der Einführung der Doppik auf kommunaler Ebene verbunden. Letztlich konnten die Vorteile aber noch nicht flächendeckend realisiert werden. So fehlen vielerorts konsolidierte Berichte über den „Konzern Kommune“ und die doppische Systematik sowie Datenaufbereitung ist zwischen den Kommunen und Bundesländern durch einen Wildwuchs an inkompatiblen Regelungen geprägt, vgl. dazu bspw. IDW (2019): Rechnungslegung der öffentlichen Hand. IDW Positionspapier zur Doppik in Deutschland und zur Harmonisierung durch Epsas in Europa.

¹³ Ein prominentes Beispiel ist das Ranking des World Economic Forum, in dem auf Grundlage amtlicher Statistiken und Einschätzungen von Wirtschaftsexperten die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern verglichen wird, vgl. WEF (2018): Global Competitiveness Report 2018.

¹⁴ Vgl. BMWi (2015): Erste Ergebnisse der BMWi-Online Befragung „Kommunale Investitionen“ und EIB (2017): Investment Survey 2017 – Municipal Infrastructure.

¹⁵ Das aktuelle KfW-Kommunalpanel sowie frühere Ausgaben und Zusatzinformationen sind auf der Internetseite verfügbar: www.kfw.de/kommunalpanel

¹⁶ Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, vgl. Destatis (2016): Rechnungsergebnisse der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände, FS 14, R. 3.1.1, Tab. 1.4.

¹⁷ Die Definition ist der Frage 5 im Fragebogen 2018 zu entnehmen. Der Investitionsrückstand besagt demnach nicht, dass die Infrastruktur per se und überall in schlechtem Zustand ist, sondern dass es entsprechend großer (finanzieller) Anstrengungen bedarf, die Infrastruktur (insbesondere in investitionsschwachen Kommunen) auf ein angemessenes und zukunftsfähiges Niveau zu bringen.

¹⁸ Vgl. EIB (2017): Investment Survey 2017, a. a. O. oder Brand, S. und J. Steinbrecher (2018): **Bundesrepublik en marche?! Kommunale Investitionsrückstände in Frankreich und Deutschland**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 217, KfW Research.

¹⁹ Die konkreten Vorschläge zur Stärkung der kommunalen Finanzausstattung und damit der Investitionsfähigkeit sind vielfältig. Mit Blick auf den Bund werden beispielsweise eine stärkere Beteiligung an den Sozialausgaben gefordert oder eine Anpassung der Gemeinschaftsaufgaben, vgl. Geißler, R. und F. Niemann (2015): Kommunale Sozialausgaben – Wie der Bund sinnvoll helfen kann oder Gornig, M. (2019): Infrastrukturinvestitionen statt Subventionen, in: Wirtschaftsdienst 2019 Sonderheft. Deutlich wird jedoch auch, dass korrespondierend zur Finanzlage auch an anderen Faktoren der kommunalen Investitionsfähigkeit angesetzt werden muss, vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2017): **Erst mehr Geld und jetzt mehr Personal – was benötigen Kommunen für Investitionen?**, Fokus Volkswirtschaft Nr. 151, KfW Research.